



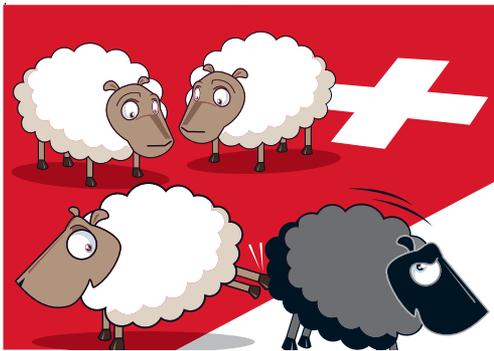
SVP-Klartext

Die Zeitung der Schweizerischen Volkspartei

Ausschaffungsinitiative

5

Integrierte Ausländer befürworten die Ausschaffungsinitiative.



ALV-Revision

7

ALV-Beitragserhöhung muss dringend gebremst werden.



SVP lanciert eine Volksbefragung zur Ausländerpolitik

Ende Juli wurde in alle Schweizer Haushalte eine Zeitung mit einem Fragebogen zur Asyl- und Ausländerpolitik verschickt. Die SVP nimmt das Schweizer Volk ernst. Schweizer Bürgerinnen und Bürger erhalten die Möglichkeit, bis am 31. Oktober an dieser Befragung teilzunehmen und sich frei zu äussern.



Toni Brunner und Yvan Perrin an der Pressekonferenz der SVP Schweiz am 27. Juli im Medienzentrums in Bern.

Die SVP hat einmal mehr den Puls des Volkes richtig gefühlt und eine Volksbefragung zu den brennenden Themen der Asyl- und Ausländerpolitik lanciert. Die Reaktionen aus dem Volk sprechen eine deutliche Sprache! Bereits eine Woche nach der Lancierung der Befragung wurden Zehntausende Fragebogen per Post eingesendet

oder online ausgefüllt. Die Bevölkerung will sich mitteilen! Was sich ebenfalls deutlich abzeichnet: Die Schweizerinnen und Schweizer wollen eine Veränderung bei der Ausländerpolitik, sie wollen Taten statt leere Worte. Bis am 31. Oktober kann der Fragebogen noch ausgefüllt werden. **Mehr auf Seite 8**

Für Ihre Drucksachen

zt Zofinger Tagblatt AG
Medien- und Printunternehmen
Zofinger Tagblatt AG, 4800 Zofingen
Tel. 062 745 93 93, www.ztonline.ch

Privatinsel Präsident

Exklusiver Ruhestand unter Palmen

Aktive 24h-Betreuung
2.670 CHF / Monat
ALL INCLUSIVE

e-loepfe@bluewin.ch
061 461 15 45



Das Wort dem Volk

Ich freue mich heute zum ersten Mal unsere Parteifreunde in der Westschweiz mit dem Klartext beziehungsweise „Franc-parler“ in französischer Sprache bedienen zu dürfen. Es ist eine Stärke unserer Partei, dass wir in allen Landesteilen breit abgestützt sind und eine gradlinige, klare Politik zum Wohl unseres Landes vertreten.

Die Schweiz besitzt einen der höchsten Ausländeranteile weltweit. Inzwischen ist praktisch jeder Vierte in unserem Land ein Ausländer. Die grosse Zuwanderung hat ihre Schattenseite. Unsere einstmaligen sicheren Sozialwerke gleiten immer mehr in die roten Zahlen ab. Bei den Sozialhilfeempfängern ist einer von zwei ein Ausländer. Die Kriminalität wächst. Immer mehr Leute trauen sich abends nicht mehr alleine auf die Strasse. Die Ängste der Leute sind durchaus nachvollziehbar.

Die Classe politique, der Bundesrat

und auch die anderen Parteien wollen uns glauben machen, die Schweiz habe gar kein Ausländerproblem. Viele Schweizerinnen und Schweizer fühlen sich aber immer fremder im eigenen Land. Das Volk soll mitteilen können, was ihm bezüglich der Asyl- und Ausländerpolitik unter den Nägeln brennt. Aus diesem Grund hat die SVP Ende Juli eine Volksbefragung lanciert. Bereits jetzt stellen wir fest, dass diese Umfrage auf ein riesiges Interesse stösst. Nach gut einer Woche haben wir zehntausende Einsendungen der Fragebogen (per Post und online) erhalten. Die SVP freut sich über die rege Teilnahme.

Durch die Classe politique und die „Eliten“ wird erneut ein EU-Beitritt oder verschiedene Vorstufen dazu propagiert. Dies obwohl gemäss einer Isopublic-Umfrage 63% der Schweizer Bevölkerung gegen einen EU-Beitritt sind. Aus gutem Grund: Die Folgen wären tiefere Löhne, mehr Arbeitslose, höhere Mieten, noch mehr

Steuern und Abgaben sowie Milliardenzahlungen an Brüssel. Auch hier wird der Tenor im Volk ignoriert. Freiheit und Unabhängigkeit sind der SVP wichtig. Darum stellen wir uns der Diskussion.

Die SVP hält die Traditionen unseres Landes hoch und hat wie jedes Jahr mit diversen Rednern den 1. August gefeiert. An dieser Stelle ein grosser Dank an all jene, die sich an unserem Nationalfeiertag im Namen der SVP an das Volk gewandt und alle Schweizerinnen und Schweizer an ihre Wurzeln wie Freiheit, Selbstbestimmung und Eigenverantwortung erinnert haben.

Toni Brunner
Präsident SVP Schweiz

Bruchsch Liecht?



DE NOSI HÄT'S!

20 Jahre

NOSERLIGHT

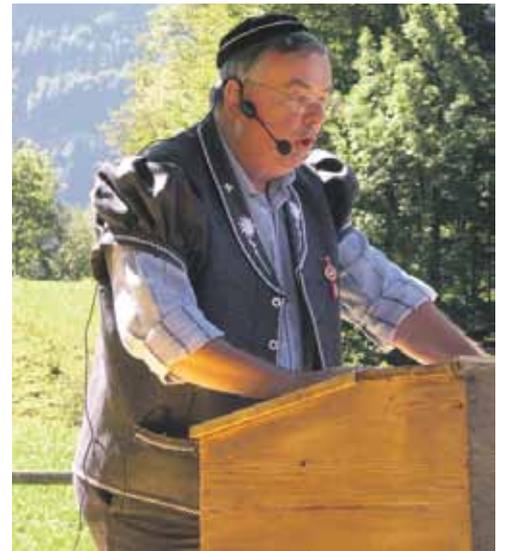
CH-8909 Zwillikon Telefon 044 701 81 81, Fax 044 761 86 12
info@noselight.ch, www.noselight.ch

SVP-Politiker tragen Sorge zu unserem Land

Am Nationalfeiertag nahmen mehrere Dutzend SVP-Mandatsträger die Gelegenheit wahr, um über eine freie und unabhängige Schweiz zu sprechen. Sie forderten die Zuhörer auf, zu unserem Land Sorge zu tragen.



Andrea Geissbühler passend zum Nationalfeiertag in Tracht auf dem Ballenberg (BE).



Hansjörg Walter war in Diessenhofen (TG), Thomas Hurter genoss den Brunch in Truttikon (ZH), Natalie Rickli in der Stadt Zürich und Jean-François Rime, in traditioneller Aufmachung, auf dem Ballenberg (BE). Christian Miesch hielt seinen Vortrag in Lauwil (BL), André Reymond in Gex (F), Jürg Stahl in Marthalen (ZH) und Sylvia Flückiger in Schöftland (AG).



Höhere Lohnabzüge stoppen



Bei einer Ablehnung der neuen Arbeitslosenversicherung steigen die Lohnabzüge per Gesetz automatisch für jeden Arbeitnehmer um 0,5% an. Die Folge: Jeder Arbeitnehmer verdient ab 1. Januar 2011 monatlich weniger Geld! Je nach Lohn führt das zu Einbussen von mehreren hundert bis tausend Franken. Und das bei steigenden Krankenkassenprämien, Steuern und Abgaben...

Deshalb: JA zur Arbeitslosenversicherung.

**Denn mit der neuen Arbeitslosenversicherung
bleibt Ihnen am Monatsende mehr Geld
zum Leben!**

Am 26. September: **Sichere
Arbeitslosenversicherung** **Ja**

Auch Ausländer unterstützen Ausschaffungsinitiative

Die SVP hat die Ausschaffungsinitiative lanciert, um schwer straffällige Ausländer konsequent ausschaffen zu können. Sie sollen also ihr Aufenthaltsrecht in der Schweiz verlieren, wenn sie schwere Straftaten begehen. Mit einem JA zur Ausschaffungsinitiative am 28. November 2010 will die SVP aber auch die integrierten Ausländer, die sich an die Gesetze halten, schützen.



von Nationalrätin Yvette Estermann, Kriens (LU)

Wer Gesetze missachtet, muss gehen! Wer kann noch dafür sein, dass ein Mensch, der die Gesetze dieses Landes aufs Größte verletzt und die Grosszügigkeit der Schweiz als Gastland missbraucht, trotzdem auf Kosten der Steuerzahler hier im Lande bleiben darf? Kennen Sie ein Gastland auf der Welt, das schwere Delikte von Ausländern duldet oder akzeptiert? Ich nicht. Diese Menschen sind freiwillig da und wenn sie schwer kriminell werden, haben sie unser Land zu verlassen!

JA zur Ausschaffungsinitiative verbessert das Wohl aller

Warum bekämpft überhaupt jemand die Ausschaffungsinitiative der SVP? Wir alle wollen doch, dass die Welt um uns herum sicherer wird. Wüssten die Einwanderer, dass ihnen bei einer Straftat die Ausschaffung droht, hätte

dies sicherlich eine abschreckende Wirkung. Gerade die gut integrierten Ausländerinnen und Ausländer wünschen sich die Ausschaffungsinitiative. Warum? Versetzen Sie sich einmal in ihre Lage. Sie geben ihr Bestes und gleichzeitig sehen sie, dass viele ihrer Landsleute genau das Umgekehrte tun. Sie integrieren sich nicht und wollen nicht arbeiten. Sie sondern sich ab und eine Vielzahl von ihnen wird straffällig.

Integrierte Ausländer leiden unter schwarzen Schafen

Viele Ausländerinnen und Ausländer kämpfen dafür, dass die Schweiz generell härter gegen Kriminelle vorgeht und schwer kriminelle Ausländer ausgeschafft werden. Es kann nicht sein, dass der Grossteil der Ausländer ihr Leben lang arbeiten, Steuern zahlen und dann zusehen müssen, wie ihre Landsleute sich nicht an unsere Regeln halten. Wie würden Sie sich fühlen, wenn Sie als Schweizerin oder Schweizer im Ausland leben und in den Medien fast täglich negative Schlagzeilen über ihre Landsleute lesen? Als Folge dessen werden Sie im Gastland gemieden, Sie werden wegen Ihren kriminellen Landsleu-

ten, den schwarzen Schafen, sofort verdächtigt. Ich bin überzeugt, dass Sie sich ebenfalls Gedanken machen würden, wie Sie diese unangenehme Situation ändern könnten und würden zum Schluss kommen, dass die Ausweisung Ihrer schwer kriminellen Landsleute die einzig richtige Lösung ist!

„Neue Heimat Schweiz“ kämpft für sichere Schweiz

Die SVP-nahe Gruppe „Neue Heimat Schweiz“ wurde von Personen mit ausländischen Wurzeln gegründet. Diese Gruppe, von mir geleitet, vereint Ausländerinnen und Ausländer, welche sich zusammen mit der SVP für eine sichere Zukunft der Schweiz einsetzen. Die SVP ist nicht, wie es gerne von unseren Gegnern dargestellt wird, „ausländerfeindlich“, sondern sie setzt sich als einzige Partei konsequent für Ausländer ein - aber nur für diejenigen, welche unsere Gesetze achten und die Zukunft der Schweiz und deren Wohlstand und Sicherheit stärken wollen.

JA zur Ausschaffungsinitiative – JA zu einer sicheren Schweiz

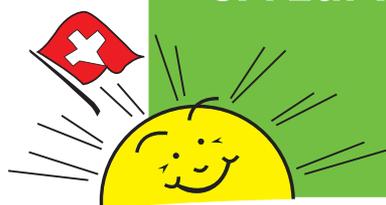
Wenn Sie also auch etwas für die hier lebenden und gut integrierten Frauen und Männer aus dem Ausland tun und straffällige Ausländer ausschaffen wollen, dann unterstützen Sie die „Ausschaffungsinitiative“ der SVP, über die am 28. November 2010 abgestimmt wird.

Abstimmung vom 28. November 2010:

JA zur Ausschaffungsinitiative

NEIN zum wirkungslosen Gegenvorschlag

Mehr Infos: www.svp.ch



FORESTER 2.5XS 4x4 SPECIAL EDITION

STARK:
DAS NEUE
SONDERMODELL
VON SUBARU.



Ausstattungs-Highlights:

- Schwarzes Lederinterieur.
- Automatische Klimaanlage inkl. Pollenfilter.
- Premium-Audio-Anlage mit Radio-CD-Gerät, MP3-/WMA-Leser, 7 Lautsprechern und 6fach-CD-Wechsler.
- Keyless Entry- und Go-System mit Start/Stopp-Taste.
- Elektrisches Panorama-Glasschiebedach.
- Xenon-Scheinwerfer.
- 17-Zoll-Leichtmetallräder.

Der erste Forester mit 2,5-Liter-BOXER-Saugmotor.

Sportwagen, Limousine, Van und Off-Roader in Einem. Jetzt als Special Edition mit 2,5-Liter-Saugmotor, 2457 cm³, 172 PS, SOHC und Automatik mit Manual-Modus. Das ist der neue Forester von Subaru. Mehr Leistung. Mehr Ausstattung. Ein hochgelegter Allrad-Kombi mit viel Komfort und einer hervorragenden Rundumsicht. Das vielleicht grösste Multitalent unter den Autos. Genauso kräftig, wie Sie es brauchen. Genauso sicher, wie Sie es wollen. Mit einer Fülle an Zubehör, wie sie in dieser Klasse sonst kaum einer bietet. Und ausreichend Platz für Sie, Ihre Liebsten, Sack und Pack. Erhältlich bei allen teilnehmenden Vertretern. Und nur solange Vorrat.

Preis: Fr. 43'300.- inkl. Satin White Pearl (Met./Pearl-Farben Fr. 700.- Aufpreis).

Switzerland's 4x4



SUBARU



Forester 2.0X AWD Advantage
5-türig, 150 PS
Fr. 33'300.- bis Fr. 35'300.-



Forester 2.0X AWD Swiss
5-türig, 150 PS
Fr. 35'800.- bis Fr. 37'800.-



**Forester 2.0XS AWD Comfort/
Limited**, 5-türig, 150 PS
Fr. 38'800.- bis Fr. 45'300.-



Forester 2.0D AWD Boxer Diesel
5-türig, 147 PS
Fr. 38'600.- bis Fr. 47'600.-



**Forester 2.5XS AWD
Special Edition**, 5-türig, 172 PS
Fr. 43'300.-

ALV - Beitragserhöhung bremsen

Die Arbeitslosenversicherung (ALV) ist für Unternehmer und Arbeitnehmer ein zentrales Sozialwerk. Die künftige Leistungsfähigkeit der ALV ist aber gefährdet, weil sie in eine finanziell bedenkliche Schieflage geraten ist. Ein JA zur Sanierung der Arbeitslosenversicherung am 26. September 2010 verhindert, dass die Arbeitnehmer die Schuldenlast allein tragen müssen.



von Nationalrat Jean-François Rime, Bulle (FR)

Gerade der jüngste Wirtschaftseinbruch hat gezeigt, wie wichtig die Leistungen der Arbeitslosenversicherung für die Betroffenen und die Wirtschaft sind. Mit Kurzarbeitsentschädigungen und Taggeldern hat sie nicht nur den Arbeitslosen geholfen, sondern wesentlich zur Funktionsfähigkeit des Arbeitsmarkts und zur Stabilisierung des Konsums beigetragen. Wir brauchen also die Leistungen dieser Versicherung.

Schutz für Beitragszahler

Die künftige Leistungsfähigkeit der ALV ist gefährdet, weil sie in eine finanziell bedenkliche Schieflage geraten ist. Sie hat in den letzten Jahren über 7 Milliarden Franken Schulden angehäuft, die nur zum Teil auf die Wirtschaftskrise zurück geführt werden können. Das strukturelle Defizit von 1 Mrd. Franken jährlich muss unbedingt beseitigt werden!

Linke und Gewerkschaften wollen

dazu in bekannter Manier nur die Beiträge erhöhen und nehmen in Kauf, die Beitragszahler zusätzlich mit 1.3 Mrd. Franken zu belasten. Das kann nicht der Weg der SVP sein. Für uns kommen zusätzliche Abgaben nur in Frage, wenn sie nach einer kritischen Überprüfung der Leistungen zur Sanierung der ALV unerlässlich sind. Die Leistungen müssen insbesondere in einem adäquaten Verhältnis zu den Beiträgen stehen und dürfen nicht falsche Anreize für die Versicherten setzen. Die Missbräuche sind zu unterbinden.

Revisionsvorlage bietet ausgewogene Massnahmen

Die Revisionsvorlage, die am 26. September 2010 zur Abstimmung kommt, folgt unserer Linie. Sie geht die Sanierung der ALV mit einer ausgewogenen Kombination von beitrags- und leistungsseitigen Massnahmen an. Beitragserhöhungen von 646 Millionen Franken – ein Teil davon als Solidaritätsprozent der Besserverdienenden! – stehen Leistungskorrekturen von 622 Millionen Franken gegenüber. Die Taggelder werden nur noch so lange ausgerichtet, wie zuvor Beiträge bezahlt wurden. Die Leistungsdauer für Beitragsbefreite wird von 12 auf 4 Monate verkürzt. Künftig soll nur noch

eine ordentliche Erwerbsarbeit den Anspruch auf Arbeitslosenentschädigung begründen, die Teilnahme an kantonal finanzierten Beschäftigungsprogrammen wird somit nicht mehr als Beitragszeit angerechnet. Die Eigenvorsorge wird gestärkt, indem für Personen ohne Unterhaltspflichten nach dem Einkommen abgestufte, längere Wartefristen gelten.

Junge Arbeitslose schneller wieder im Arbeitsprozess integrieren

Die Revision trägt auch der Tatsache Rechnung, dass jüngere Arbeitslose bedeutend rascher wieder eine Stelle finden und mobiler sind als andere Altersgruppen: Arbeitslose unter 25 Jahren und ohne Unterhaltspflichten erhalten nur noch max. 200 Taggelder. Zusätzlich müssen junge Arbeitslose alle Arbeiten annehmen, die für sie zumutbar sind.

JA zur Revision stärkt ALV!

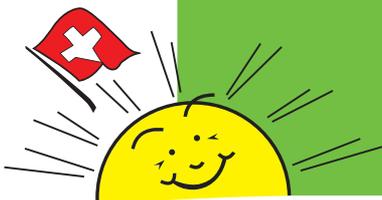
Unangetastet bleiben dagegen die Höhe der Taggelder und die wichtigen arbeitsmarktlichen Massnahmen. Diese werden für über 50-jährige Arbeitslose sogar noch verstärkt. Auch nach dem revidierten Gesetz wird die Arbeitslosenversicherung somit gute Leistungen bieten und über ein starkes Instrumentarium zur Rückführung der Arbeitslosen ins Erwerbsleben verfügen.

Die typischen Sozialabbau-Vorwürfe der Linken und Gewerkschaften schiessen deshalb weit am Ziel vorbei.

Abstimmung vom 26. September 2010:

JA zur ALV-Revision

Mehr Infos: www.svp.ch



8 Volksbefragung

«Die Volksbefragung ist die wichtigen Prozess»

Yvan Perrin bezieht Stellung zur Personenfreizügigkeit, zur Einbürgerung von Ausländern und zur Ausschaffung schwer krimineller Ausländer. Durch die Volksbefragung der SVP ist es dem Schweizer Volk nun möglich, seine Meinungen und Sorgen rund um diese Themen mitzuteilen.

Yvan Perrin, auf den 1. August hin haben alle Schweizer Haushalte eine Umfrage zum Thema «Welche Ausländerpolitik wollen Sie?» erhalten. Aus welchem Grund hat die SVP diese Zeitung verschickt ?

Die Probleme in der Schweizer Migrationspolitik werden immer grösser. Arbeitslosigkeit, Überschuldung unserer Sozialversicherungen, Ausländerkriminalität, Forderungen von ausländischen Gruppierungen, die nicht vereinbar sind mit unserer Rechtsordnung - all diese Fragen beunruhigen die Schweizer Bevölkerung. Ange-

sichts einer Politik, die weiterhin den Kopf in den Sand steckt, will die SVP, die stärkste Partei der Schweiz, jedem Bürger und jeder Bürgerin die Möglichkeit bieten, sich zur Ausländerpolitik zu äussern. Diese Antworten und Anregungen sollen künftig in die politischen Vorstösse der SVP einfließen.

Die Einwanderung ist besonders mit der Personenfreizügigkeit angestiegen. Denken Sie, dass die Schweiz das Abkommen bezüglich der Personenfreizügigkeit kündigen sollte ?

Aufgrund der Unterschrift unter dieses Abkommen hat unser Land die Kontrolle über die Einwanderung verloren. Es ist an der Zeit darüber nachzudenken, die Souveränität wiederzuerlangen – durch die Kündigung der Personenfreizügigkeit. Ich rufe aber

in Erinnerung, dass unser Land eine Schutzklausel hätte anrufen können, die es uns ermöglicht hätte, wegen

der massiven Einwanderung aus der EU einzugreifen. Lediglich die SVP wollte die Aktivierung dieser Klausel, aber die Klasse

politique und auch der Bundesrat haben dies abgelehnt. Sie hatten Angst, dass die EU verärgert sein könnte, falls wir davon Gebrauch machen.

“ *Die Probleme in der Migrationspolitik werden immer grösser.* ”

Im Jahr 2009

sind 45'000 Ausländer eingebürgert worden. Darunter auch einige, die kriminell sind. Wie kann man gegen diese Einbürgerung von Kriminellen vorgehen ?

Indem man systematisch die Einbürgerung der Gesuchsteller verweigert, die straffällig geworden sind. Ein anderer Lösungsansatz wäre, dass wir in der Schweiz die Einbürgerung auf Probe einführen. Das heisst, wenn jemand innerhalb einer gewissen Frist nach der Einbürgerung straffällig wird, er oder sie den Schweizer Pass umgehend verliert, so wie dies heute beim Führerausweis auf Probe auch der Fall ist.

Die Schweiz leidet unter einer starken Zuwanderung in das Sozialsystem. Die Sozialversicherungen sind allesamt stark verschuldet. Was müsste man unternehmen, um unsere Sozialversicherungen dauerhaft zu sichern ?

Mittlerweile ist praktisch jeder Vierte in der Schweiz ein Ausländer. Bei den Sozialhilfeempfängern ist einer von zwei ein Ausländer. Im Kanton Bern liegt die Quote der Sozialhilfebezügler bei den Ausländern viermal höher als bei den Schweizern. Diese Zahlen der Statistik der Sozialhilfe sind alarmierend. Der Kampf gegen



Interview mit Nationalrat Yvan Perrin, Vizepräsident SVP Schweiz, Mitglied der Sicherheitskommission und Polizist

erste Etappe in einem

die Missbräuche ist zu verstärken und Missbraucher sind rigoros zu bestrafen. Ausländer, die missbräuchlich Sozialleistungen beziehen, haben unser Land zu verlassen.

62% der Vergewaltigungen und 59% der Tötungsdelikte werden durch kriminelle Ausländer begangen. Die SVP will, dass schwer kriminelle Ausländer ausgeschafft werden. Konkret, welche Ausländer haben unser Land zu verlassen und wer kann bleiben ?

Bei einem Ausländeranteil von 21,7% bedeutet dies, dass Ausländer viel häufiger straffällig werden als Schweizer.

In der Schweiz gab es 1980 nur etwa 50'000 Muslime. Im Jahr 2009 waren es bereits acht Mal (!) mehr, nämlich 400'000. Keine andere Religionsgemeinschaft wächst so schnell wie die islamische. Die Religionsfreiheit ist Teil unseres Schweizer Rechtes. Sie kann sich aber nicht auf die Freiheit berufen, wenn die entsprechende Religion Forderungen formuliert, die mit unserer Rechtsordnung vollständig unvereinbar sind, wie zum Beispiel die Mädchenbeschneidung. Diejenigen, die ihren Glauben nicht mit dem entsprechenden Respekt vor unseren gewachsenen politischen Institutionen

“ *Bei den Sozialversicherungen ist einer von zwei ein Ausländer.* ”

auf ihre Behörden zu verlassen ?
Es ist richtig, dass die Bevölkerung erwartet, dass sich die Behörden an die Gesetze halten und diese konsequent in unserem direktdemokratischen Rechtsstaat anwenden. In der Ausländerpolitik wird die Mühelosigkeit der Anstrengung und die Nachgiebigkeit der Strenge vorgezogen. Zu guter Letzt bezahlen wir alle aber den Preis – weniger Sicherheit und höhere Kosten für alle.

Zusammenfassend, ermöglicht die Umfrage den Schweizerinnen und Schweizern wirklich die Ausländerpolitik zu beeinflussen ?

Diese Volksbefragung ist die erste Etappe in einem wichtigen Prozess. Die SVP will die Meinung und Überzeugung der Bevölkerung bezüglich der Ausländer- und Asylpolitik erfahren. Die SVP ist die einzige Partei, die sich nicht scheut, sich mit den brennenden Fragen auseinanderzusetzen und Lösungen, auch wenn diese unpopulär sind, einzubringen. Alle anderen Parteien sind zum Beispiel gegen die Ausschaffungsinitiative, die am 28. November zur Abstimmung kommt.

Die öffentliche Sicherheit kann aber nur durch eine konsequente Politik und die Durchsetzung klarer und rigoroser Massnahmen erreicht werden!

Dies ist eine Sache wofür ich mich mit voller Kraft und Entschlossenheit weiterhin einsetzen werde. Ich lade Sie ein, es mir gleich zu tun!



Sie missbrauchen unsere Gastfreundschaft, indem sie unsere Gesetze brechen und schwer kriminell werden. Solche Ausländer müssen die Schweiz verlassen. Ausländer, welche sich an unser Recht halten und zum Wohl unseres Landes beitragen, sind willkommen.

praktizieren können, haben in unserem Land keinen Platz.

Die Islamisierung der Schweiz schreitet fort und viele Bürger fragen sich: wie ist es möglich, die Religionsfreiheit mit dem Schweizer Recht zu vereinbaren ?

Die Behörden sind sehr milde angesichts der illegalen Einwanderer und schaffen diese nicht konsequent aus. Haben aber die Schweizerinnen und Schweizer nicht das Recht, sich

10 SVP Shop



Online bestellen: www.svp.ch



..... Ex. SVP-Fussball	25.- Ex. Pin CH-Kreuz	7.-
..... Ex. SVP-Sitzungsmappe	49.- Ex. Pin SVP-Logo	7.-
..... Ex. Krawatte CH-Kreuz kl.	50.- Ex. Pin «SVP Gold»	7.-
..... Ex. Krawatte CH-Kreuz gr.	50.- Ex. Post-it, Block à 50 Blatt	2.-
..... Ex. Krawatte SVP	50.- Ex. Offiziermesser	20.-
..... Ex. SVP-Bonbons	5.- Ex. Kleber, Bogen à 27 Kl.	5.-
..... Ex. SVP-Feuerzeug	5.- Ex. Kugelschreiber	2.50
..... Ex. SVP-Rucksack	10.- Ex. Jasskarten	3.-
		... franz.	... deutsch

Name: Vorname:

Adresse: PLZ: Ort:

Mail: Telefon:

Bitte Talon einsenden an:

SVP Generalsekretariat, Postfach 8252, 3001 Bern oder per Fax an 031 300 58 59 oder per Mail an gs@svp.ch

MONATS-HIT

Canon Powershot SX200 IS

Nur 329.- CHF (inkl. Zubehör)

auch in blau oder rot erhältlich.

fotovideoplus.ch ebikon Tel. 041 442 06 16

SVP-HIT

***Hotel-Restaurant Alpenblick Fieschertal

Jetzt buchen!

1 Gutschein pro Zimmer / egal wieviel Nächte!

- Übernachtung im Standard DZ
- mit Frühstücksbüffet
- Benützung von Hallenbad, Sauna, Aromadampfbad und Tiefgarage

Fr. 60.- pro Person pro Nacht

Fr. 50.- (Nebensaison)

Familie Holzer Fabian - 3984 Fieschertal - Tel. 0279701660 - Fax 0279701665
www.hotelalpenblick.ch - alpenblick@rhone.ch

GOAL GLOSSAR

Mobilisierung

Damit unsere Kunden den grösstmöglichen Erfolg erzielen, muss die definierte Zielgruppe mobilisiert, also dazu bewegt werden, im gewünschten Sinne abzustimmen oder zu wählen. Deshalb sind unsere Kampagnen so gestaltet, dass sie den Adressaten bewegen und nicht spurlos an ihm vorbeigehen.

Mobilisierung

<lat.> mobilis – «beweglich», «biegsam»

Wir freuen uns auf Sie!
 Alexander Segert, Geschäftsführer
 8600 Dübendorf / ZH, Tel. 043 499 24 00
info@goal.ch, www.goal.ch

GOAL
 AG für Werbung und Public Relations
 Wir wollen Ihren Erfolg

Kein Mitfinanzieren von Abtreibungen!

Jährlich werden die Krankenkassenprämien teurer. Die Krankenversicherung deckt immer mehr Leistungen ab, die nichts in der obligatorischen Grundversicherung zu suchen haben. Ziel der Volksinitiative „Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache“ ist es, den Leistungskatalog zu entschlacken.



von Nationalrat Peter Föhn,
Muotathal (SZ)

Wieso wird der Abbruch der Schwangerschaft von der Krankenversicherung und damit von uns als Prämienzahlern finanziert? Abtreibung ist keine Krankheit! Wenn wir den ständigen Prämienanstieg stoppen wollen, müssen unnötige Leistungen wie diese aus der Krankenversicherung gestrichen werden. Dies verlangt die Volksinitiative. Die Kostenübernahme im Falle einer Vergewaltigung sowie in Fällen, bei denen das Leben der Mutter ernsthaft gefährdet ist, soll weiterhin durch die Grundversicherung erfolgen.

Wenn der Bundesrat untätig bleibt...

Es ist für mich unverständlich, dass der Bundesrat trotz der immer steigenden Gesundheitskosten und der Wirtschaftskrise nicht alle unnötigen Leistungen aus dem Grundleistungskatalog der obligatorischen Krankenversicherung entfernt.

Ich habe mich unter anderem mit einer Motion, die ich am 10. Juni 2009 einreichte, bereits früher im Parlament dafür eingesetzt, dass die Abtreibung

aus dem Leistungskatalog der obligatorischen Krankenversicherung zu nehmen ist.

Meine Motion stiess innerhalb der Partei auf grosse Zustimmung. Auch in der Öffentlichkeit erzielte die Motion eine grosse Resonanz: Ich erhielt Anrufe sowie zahlreiche Briefe und konnte engagierte Leserbriefe über meine Motion lesen. Am 26. August 2009 musste ich allerdings eine negative Antwort des Bundesrates auf die

Entlastung der obligatorischen Krankenversicherung von fragwürdigen Leistungen.

Abtreibungen sind keine Krankheit und somit sollen die Kosten der Abtreibungen aus dem Leistungskatalog der obligatorischen Krankenversicherung gestrichen werden.

Stärkung der Selbstverantwortlichkeit der Versicherten.

Wer für sich die Möglichkeit einer Abtreibung in Betracht zieht, kann eine Zusatzversicherung abschliessen oder die Kosten direkt bezahlen.

Stärkung der Freiheit des Einzelnen.

Niemand soll verpflichtet werden, über Prämien die Abtreibungen anderer mitfinanzieren zu müssen.

Stärkung der Elternrechte.

Jugendliche unter 16 Jahren können mit der

Initiative nicht mehr ohne Wissen der Eltern eine Abtreibung vornehmen.

Die Bürgerinnen und Bürgern in unserem Land sollen informiert sein, dass sie mit ihren Prämien unter anderem die Abtreibungen mitfinanzieren.

Das Volk soll nun die Gelegenheit haben zu entscheiden, ob es weiterhin mit den Krankenkassenprämien Abtreibungen mitfinanzieren will oder nicht. Unterschreiben Sie jetzt die Volksinitiative „Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache“

Die vier Ziele der Volksinitiative

1. Entlastung der obligatorischen Krankenversicherung von fragwürdigen Leistungen
2. Stärkung der Selbstverantwortlichkeit der Versicherten
3. Stärkung der Freiheit des Einzelnen
4. Stärkung der Elternrechte

Info und Unterschriftenbogen

www.privatsache.ch - 061 415 20 57



Motion entgegennehmen, die mich aufgrund ihrer Oberflächlichkeit in keiner Weise befriedigte.

... muss es das Volk richten!

Als SVP'ler bin es gewohnt, selber anzupacken, wenn andere untätig bleiben. Wenn der Bundesrat nichts tut, muss das Volk eingreifen. Aus diesem Grund habe ich zusammen mit Gleichgesinnten Ende Januar dieses Jahres die Volksinitiative „Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache“ lanciert. Die Volksinitiative verfolgt vier Hauptziele:

Schweizerinnen und Schweizer, tragen wir unserem Land Sorge!



Gedanken von
SVP-Präsident Toni Brunner
zum 1. August



Liebe Bürgerinnen und Bürger

Schon letztes Jahr durfte ich Sie am 1. August, dem Geburtstag unseres Landes, an den Ursprung der Schweiz erinnern. Die Sorge um Familie, Hab und Gut, der Wille zur Freiheit, Unabhängigkeit und Eigenverantwortung standen am Anfang der Eidgenossenschaft. Diese Werte haben unser Land stark gemacht und während Jahrhunderten geprägt. Sie garantieren uns Wohlstand und Sicherheit in guten wie in schlechten Zeiten. Die gemeinsamen Grundwerte der Eidgenossenschaft sind im Bundesbrief von 1291 festgehalten. «Im Hinblick auf die Arglist der Zeit» gelobten sich die Gründer unseres Landes gegenseitig Hilfe und Schutz. Sie versprachen die gemeinsame Abwehr von Angriffen und den Verzicht auf fremde Richter.

Die Schweiz hat es als armes Land zur Zeit unserer Gründerväter an die Spitze geschafft. Gerade auch im Angesicht der Wirtschafts- und Staatshaushaltskrisen unserer Zeit hat sich die Überlegenheit des Erfolgsmodells Schweiz gezeigt.

Diese Errungenschaften sind aber in Gefahr. Bundesrat und Parlament stellen durch ihr Handeln die Grundwerte und Stärken unseres Landes immer mehr in Frage.

Nein zum EU-Beitritt

Massgebende Personen und Parteien reden dem EU-Beitritt das Wort. Doch wer wird einmal die exorbitanten Schulden Europas tragen? Unsere Kinder und Enkel. Die Schweiz würde bei einem EU-Beitritt doppelt und dreifach bezahlen. Dennoch wollen uns die Classe politique und die «Eliten» durch Hintertüren in die EU drängen. Nach wie vor liegt auch das EU-Beitritts-gesuch der Schweiz in Brüssel. Ein Beitritt zur EU würde die Abschaffung der direkten Demokratie, tiefere Löhne, mehr Arbeitslose, höhere Mieten, noch mehr Abgaben und Steuern sowie Milliardenzahlungen an Brüssel bringen. Die EU-Frage ist zum Wohle der Freiheit und Unabhängigkeit erneut, wenn möglich via Volksentscheid, zu klären.

Freiheit und Unabhängigkeit sind zu bewahren
Freiheit und Unabhängigkeit gilt es zu verteidigen. Ein Instrument der Landesverteidigung ist die Milizarmee, die im Volk verankert ist und somit auch nicht zum Spielball der Politiker werden kann. Verzichteten wir auf das Milizsystem, geben wir entweder die Landesverteidigung auf, oder wir setzen auf eine teure Berufsarmee. Diese würde dann wohl vor allem im Ausland Aufträge suchen und Konflikte ins eigene Land holen. Gefährdet sind Freiheit und Unabhängigkeit auch durch eine

ideologisch geprägte Aussenpolitik. Man denke dabei an die Libyen-Krise, den im letzten Moment verhinderten Einsatz der Armee gegen Piraten vor Somalia oder die Entschuldigungen für Volksentscheide im Ausland. Der Freiheit und Unabhängigkeit ist Sorge zu tragen.

Die Überfremdung der Schweiz

Seit je haben zahlreiche Ausländerinnen und Ausländer in der Schweiz eine neue Heimat gesucht, sei es als Flüchtlinge, sei es als Arbeitssuchende. Ohne sie wären viele Unternehmungen heute nicht dort, wo sie stehen. Die Schweiz hat aber ernsthafte Probleme mit der Zuwanderung. Die Untätigkeit von Bundesrat und Mitte-links-Parteien führte zu einem unkontrollierten Bevölkerungswachstum mit schwerwiegenden Konsequenzen für die Schweiz. Wichtige Qualitäten und Traditionen unseres Landes werden in Frage gestellt. Zudem fühlen sich viele Schweizerinnen und Schweizer nicht mehr sicher im eigenen Land. Nahezu die Hälfte aller Verbrechen in der Schweiz wird durch Ausländer verübt. Diese Situation ist eine Konsequenz der unkontrollierten Masseneinwanderung und der laschen Strafen in der Schweiz. Nur mit einem JA zur Ausschaffungsinitiative am 28. November 2010 kann das Bedürfnis der Schweizerinnen und Schweizer nach mehr Sicherheit und vor allem nach einem konsequenten Durchgreifen verwirklicht werden.

Die Geringschätzung der Familie

Die Bedeutung der Familie und der Verantwortung der Eltern für die Erziehung der Kinder wird immer mehr in Frage gestellt. Der Staat drängt immer stärker in den Verantwortungsbereich der Eltern ein. Mit vier Jahren sollen die Kinder bereits in den obligatorischen Schulunterricht gehen. Und hört man den Bildungsbürokraten zu, streben diese eine noch frühere Eingliederung in staatliche Angebote an. Statt dass die Lehrerinnen und Lehrer in der Schule ihrem eigentlichen Auftrag der Ausbildung der Kinder nachgehen können, werden sie überladen mit bürokratischen Formalitäten und stetig wechselnden Reformideen. Das eidgenössische Parlament hat gar beschlossen, dass Betreuungsabzüge und damit Steuererleichterungen nur jenen Familien zugutekommen sollen, die ihre Kinder fremd betreuen lassen. Die Familieninitiative der SVP verlangt, dass auch die Eltern, die ihre Kinder selbst erziehen, Steuerabzüge machen können. Treten wir zusammen für die Wahlfreiheit und Eigenbestimmung der Familien ein.

Finanzielle Sicherung der Sozialwerke

Die Politiker und Gewerkschafter überladen die Sozialwerke, die Zeche hat jedoch das Volk, wir alle, zu bezahlen. Die Arbeitslosenversicherung

ist mit über 7 Milliarden Franken verschuldet. Jetzt werden die Lohnbeiträge erhöht, hoffentlich «nur» um +0.2% – wenn wir Schweizerinnen und Schweizer am 26. September 2010 an der Urne JA zur Revision der Arbeitslosenversicherung sagen. Sonst bezahlen wir, die arbeitende Bevölkerung, gar +0.5% mehr Abgaben auf unseren Löhnen. Mit einem JA stärken wir den sozialen Zusammenhalt und die finanzielle Sicherheit unserer Sozialwerke.

Wir müssen jetzt handeln

Es ist richtig, sich Gedanken über die Zukunft unseres Landes zu machen. Inmitten der zahlreichen Herausforderungen gilt es festzuhalten, dass die Wurzeln in unserem Land gesund sind. Besinnen wir uns auf die Grundwerte und die Stärken der Schweiz. Das Volk ist die höchste Instanz in unserem Land und bestimmt den Weg. Wir Bürgerinnen und Bürger haben die Möglichkeit, an der Urne bei Abstimmungen und Wahlen und durch Volksinitiativen Veränderungen herbeizuführen. Das ist die Stärke der direkten Demokratie, der es Sorge zu tragen gilt.

Die SVP führt vom 1. August bis am 31. Oktober dieses Jahres eine Volksbefragung zur Asyl- und Ausländerpolitik durch (www.volksbefragung.ch). Wir sind an Ihren Anliegen und Ideen zum Wohle aller Bürgerinnen und Bürger in unserem Land interessiert. Wir freuen uns, wenn Sie möglichst zahlreich mitmachen. Ich danke Ihnen, dass Sie unserem Land Sorge tragen.

Auch dieses Jahr wünsche ich Ihnen wieder einen schönen und besinnlichen 1. August.

Ihr

Toni Brunner
Präsident SVP Schweiz

www.svp.ch



Die Partei des Mittelstandes

Den Bundesbrief von 1291 finden Sie auf www.admin.ch/org/polit
Mit einer Spende auf PC 30-8828-5 unterstützen Sie dieses Inserat. Herzlichen Dank!

Weniger Steuern ist ein Gewinn für alle

Seit Jahren kämpft die SVP für Steuersenkungen, um die Wirtschaft und das Gewerbe zu entlasten. Von tieferen Steuern profitieren alle: Die Betriebe, weil sie mehr Mittel für Investitionen haben und die Bürger, weil ihnen mehr Geld zum Leben bleibt. Dieses Ziel verfolgt die Initiative von Gastrosuisse, welche den Mehrwertsteuer-Satz für Restaurants dem tieferen Satz für Grundnahrungsmittel angleichen möchte.



von Nationalrat Adrian Amstutz, Vizepräsident SVP Schweiz, Sigriswil (BE)

Jedes Jahr steigen die Steuern, Abgaben und Gebühren weiter an. Die Steuerzahler werden immer öfter zur Kasse gebeten und die Staatsausgaben wachsen. Die SVP liess vor rund 8 Jahren eine Studie erarbeiten, um die Zwangsabgabenquote zu analysieren. Unter Zwangsabgaben versteht man alle Abgaben, welche wir gezwungenermassen dem Staat zahlen müssen – von der Kehrichtgebühr über die Krankenkassenprämien bis zu den Steuern.

Das Resultat dieser Studie, welche die Universität St. Gallen im Sommer 2002 verfasst hat, war erschreckend: Die Zwangsabgabenquote betrug bereits damals über 60% des BIP. Das heisst: Von jedem Franken, den wir erwirtschaftet haben, fliessen über 60 Rappen in irgendeiner Form an den Staat. Oder anders gesagt: Bis im August arbeiten wir eigentlich nur für den Staat.

Dies bremst die Wirtschaft. Gleichzeitig sinkt die Kaufkraft der Bürgerinnen und Bürger.

Mehrwertsteuer belastet den Mittelstand

Besonders ungerecht ist die Mehrwertsteuer, durch diese Steuer wird der Konsum belastet. Dies trifft Familien und Erwerbstätige mit mittleren bis tiefen Löhnen besonders hart. Der normale Mehrwertsteuersatz beträgt in der Schweiz 7,6%. Für die Hotellerie (3,6%) und Grundnahrungsmittel (2,4%) gelten spezielle Steuersätze.

Die Volksinitiative, welche der Wirtverband „Gastrosuisse“ im April lanciert hat, hat zum Ziel, dass der Satz für gastronomische Dienstleistungen gleich hoch bzw. tief ist wie der Satz für Grundnahrungsmittel. Speisen und alkoholfreie Getränke werden im Detailhandel nämlich nur mit 2,4% besteuert, während sie im Gastgewerbe einer mehr als dreimal höheren Besteuerung von 7,6% unterliegen.

Diskriminiertes Gastgewerbe

Der Verzehr von Speisen und Getränken in einem Restaurant oder einer Bar

ist als die Steuer für Take-away-Läden, Kioske oder Lebensmittelgeschäfte.

Steuerbürokratie ad absurdum

Die verschiedenen Steuersätze können bisweilen ziemlich verwirrend sein. Wenn ein Wirt für ein Fest die Verpflegung liefert, er den heissen Fleischkäse zu den Gästen bringt und ihn einfach hinstellt, dann schuldet er dem Staat 2,4% Mehrwertsteuer: Er hat – so die juristische Sicht – Lebensmittel verkauft und diese geliefert. Bleibt er aber noch 30 Minuten vor Ort und schöpft den Gästen den Fleischkäse auf den Teller, so schuldet er dem Fiskus 7,6% Mehrwertsteuer, denn er hat neben der Lebensmittellieferung noch eine restaurantähnliche Dienstleistung angeboten.

Weniger Steuern – mehr Wohlstand für alle

In Anbetracht der ständig zunehmenden staatlichen Geldverschleuderung ist es für mich eine Pflicht, für tiefere Steuern zu kämpfen. Die Aufhebung der Diskriminierung des Gastgewerbes im Bereich der Mehrwertsteuer gehört auch zu diesem Engagement.

Setzen Sie sich ein für tiefere Steuern und

unterschreiben Sie die Initiative von Gastrosuisse!

Wir alle werden davon profitieren.

www.schluss-mwst-diskriminierung.ch

Zahlreiche SVP-Vertreter unterstützen die Volksinitiative von Gastrosuisse. Im Initiativkomitee ist die SVP mit den Nationalräten Adrian Amstutz (BE), Roland Borer (SO) und Alfred Heer (ZH) vertreten.

ist heute alltäglich und für viele über Mittag sogar unumgänglich. Darum ist es unverständlich, dass der Steuersatz für das Gastgewerbe so viel höher

14 Sommer-Spiel

Wo ist es?

Spielen Sie mit ! Gewinnen Sie einen Buurechorb und andere SVP-Preise !



- Urnäsch
- Appenzell
- Schwägalp

Spielen Sie mit! Kreuzen Sie die richtige Antwort an und gewinnen Sie einen Bauernkorb. Senden Sie den ausgefüllten Talon bis am 25. August 2010 an die angegebene Adresse ein.

Name: Vorname:

Adresse: PLZ: Ort:

Mail: Telefon:

Bitte Talon bis am **25. August 2010** einsenden an:
SVP Generalsekretariat, Postfach 8252, 3001 Bern oder per Fax an 031 300 58 59 oder per Mail an gs@svp.ch

Impressum

Auflage: 60 000
Herausgeberin: Stiftung SVP-Parteizeitung
Erscheinungsweise: 12x/Jahr
Mitarbeiter: Michèle Berger, Kevin Grangier
Adresse: SVP-Klartext
Postfach 8252
3001 Bern
klartext@svp.ch
Druck: Zofinger Tagblatt AG
Henzmannstrasse 20
4800 Zofingen
www.ztonline.ch
Abonnement: Fr. 35.- jährlich für Nicht-Parteimitglieder
Gratis für Parteimitglieder
klartext@svp.ch
Inserate: Kevin Grangier
klartext@svp.ch
Bilder: Seite 15: © Peter Schaub

artmar
Archiv-Kompetenz AG

Die Spezialisten für Gemeinderarchive
Postfach 272
8630 Rüti ZH
Tel 055 260 32 50

Dataform AG Formulardruckerei

Wir drucken für Sie:
ESR-Formulare
Formulare mit Karten

Zürcherstrasse 36 8604 Volketswil
Tel. 044 947 50 20 info@dataform.ch

ÜBERSETZEN,
LEKTORIEREN, REDIGIEREN
AAREPTAN

Obermattenweg 5, 5610 Wohlen
056 622 33 44, www.aareptan.ch
aareptan@gmail.com

LA ROTONDA
RISTORANTE & PIZZERIA

Die Stammbeiz der SVP in Bern!

A. & B. D'ALFONSO
NEUBRÜCKSTRASSE 70
CH-3012 BERN
++41 31 301 30 15

Bettenreinigung in einem Tag!

Decken und Kissen werden morgens abgeholt und in einem Tag aufgefrischt. Inhalt reinigen: Decken Fr. 30.-, Kissen Fr. 12.-. Neue Stoffe und Nachfüllung auf Wunsch. Nur 1a-Qualitäten, kein Lebendrupf! Neue Decken und Kissen; auch Spezialanfertigungen. Direktverkauf aus eigener Fabrikation.

BETTWARENFABRIK
Rafzerfeld

Bettfedernreinigung
Potema®
Mobile Matratzenreinigung

ZOLLINGER + CO AG
8424 Embrach, Hardhofstrasse 15
044 869 10 75 seit 45 Jahren
Täglich auf Voranmeldung bis 20.00 Uhr
www.rafzerfeld.com

Segeln in Sardinien/Korsika
eolienne.ch

Exklusiv Modelle
Fr. 799.-

Reperatur Service für Haushaltgeräte

W. Schippert AG

Reparatur Service Beratung Verkauf

Ausstellung: Lindauerstr. 27 8317 Tagelswangen

Postfach 330 www.schippert.ch
8309 Nürensdorf Tel. 044 836 48 01

Exklusiv Modelle nur bei der Firma W. Schippert erhältlich
Spez. Preis Fr. 799. inkl. Mwst. + VRg

Die Weltmeisterschaft der SVP in Winterthur

Am Samstag 17. Juli in Winterthur-Töss nahmen nicht weniger als 30 Mannschaften, eingeteilt in zwei Kategorien, an der 4. Austragung des Fussballturniers der SVP teil. Der Höhepunkt des Tages war der Match der Promi-Mannschaft der SVP gegen den FC Stadtverwaltung.



Trotz Martin und Kevin hat das GS-SVP Team gegen die Junge SVP Zürich Oberland/Stadt 10 verloren



Promi-Team mit Nationalräten Jürg Stahl, Luzi Stamm, Alfred Heer, Ständerat Hannes Germann und Toni Brunner. Zusammen mit FC Stadtverwaltung



Die Junge SVP Zürich gewann gegen Toni und Ariane.



Toni hat leider das Tor während dem Grümpi nicht getroffen...

► Die Gewinner der Kategorie Herren: die «Pneuschränzer»



► Nach der Anstrengung die Belohnung. Toni geniesst einen schönen Tag mit dem Team Toggenburg.



Jede Woche Klartext: Die Weltwoche.



Exklusiv
für Partei-
Mitglieder

Profitieren Sie jetzt von diesem einmaligen Testangebot:

Ja, ich möchte die Weltwoche 6 Monate lang für nur Fr. 65.– statt Fr. 123.– lesen.

RM 001 M00001272

Vorname

Name

Strasse, Nr.

PLZ, Ort

Telefon

E-Mail

Coupon ausfüllen und einsenden an: Die Weltwoche, Abo-Service, Postfach, 8021 Zürich. Gerne nehmen wir Ihre Abonnementsbestellung auch über Telefon 043 444 57 01, Fax 043 444 50 91 oder www.weltwoche.ch/parteiabo entgegen. Angebot gültig bis 31.8.2010 für Neuabonnenten in der Schweiz. Preis inkl. MwSt. Änderungen und Anpassungen bleiben vorbehalten.

DIE WELTWOCH